

Herr Gleß griff an dieser Stelle die Frage von Frau Leitterstorf aus der letzten GuB-Ausschusssitzung am 30.11.2016 zu TOP 5 n.ö.T „Kanalsanierung Zustandsklasse 0 bis 2 in Niederpleis 1 und 4; Vergabe von Ingenieurleistungen“ auf, inwieweit die „Alte Marktstraße“ betroffen ist. Die Alte Marktstraße wurde saniert, weil auch der Kanal saniert werden musste. Dort gab es zwei Kategorien von Schäden. Die eine Kategorie war jene, wo die Schäden in offener Bauweise saniert werden konnten. Das ist auch erfolgt. Danach wurde die Straßendecke gezogen. Was bisher nicht saniert werden konnte, sind jene Schäden, die in geschlossener Bauweise saniert werden können.

Herr Gleß thematisierte abschließend das IHK „Grüne Infrastruktur“. Am 24.11.2016 hat er ein Anschreiben allen Fraktionen zum Inhalt und zeitlichen Ablauf des IHK zukommen lassen. Es handelt sich dabei nicht um ein Nachfolgekonzept des Grünen C, auch wenn die Gebietskulisse die gleiche ist.

Wieder sind es die Kommunen Bornheim, Alfter, Niederkassel, Bonn, Troisdorf und Sankt Augustin sein, die sich zusammengeschlossen und dem Ziel verschrieben haben, die Grüne Infrastruktur in dieser Region auszubauen und zu verfestigen. Ein Themenfeld wird die Realisierung einer Landschaftsbrücke über die A59 und Regional- und S-Bahntrasse sein.

Die Gründe, es nicht mit dem Grünen C bewenden zu lassen, liefert u.a. der Landesentwicklungsplan, der im Dezember 2016 verabschiedet wurde. Ziel darin ist es u. a. den Flächenverbrauch einzudämmen und Reserveflächen für Bau- und Gewerbegebiete auf das Notwendige zu beschränken. Demgegenüber steht der Regionalplan für den Reg. Bezirk Köln mit dem Inhalt, dem Druck nach noch mehr Wohnraum und noch mehr Gewerbeflächen standzuhalten und die Gemeinden dahingehend entsprechend zu ertüchtigen. Ergänzt wird das Ganze durch die Aussage des Vereins Bonn e.V., dass sich die Region zur Metropol-Region entwickeln soll. So entstehende gegensätzliche Interessen, zum einen die Bewältigung der Wohnungsnot, die Ausweisung von gewerblich nutzbaren Bauflächen und der Ausbau entsprechender Infrastruktur, erzeugen noch mehr Druck auf die Flächen als bisher und noch mehr Druck auf die Gemeinden, dieser Aufforderung nachzukommen, noch mehr Gewerbegebiete auszuweisen, noch mehr Wohngebiete zu errichten und noch mehr Straßen zu bauen.

Die andere Interessenlage stellt sich so dar, dass es von den explodierenden Bereichen Ausnahmen geben sollte. Die freien Landschaftsbestandteile sollen intakt gestaltet werden, sei es als Erholungsgebiet, naturräumliches Refugium oder als ökologisch wertvoller Bestandteil.

Seiner Ansicht nach werden in Sankt Augustin nicht noch mehr Reserveflächen benötigt, als schon vorhanden sind. Deshalb vertrat er die Auffassung nicht nur eine bauliche Entwicklung voranzubringen, sondern auch festzulegen wie die zukünftige grüne Infrastruktur beschaffen sein soll. Die Städte und Gemeinden bleiben, trotz aktiver Bautätigkeit, nur dann attraktiv, wenn Freiräume entsprechend wertig gestaltet werden, um eine robuste ökologische Struktur zu schaffen.

Bei solchen Maßnahmen ist darauf zu achten, dass sie auch gefördert werden. Die einzelnen Städte allein haben keine Chance sich dem Handlungsdruck zu erwehren. Deswegen erfolgte dieser Zusammenschluss von sechs Städten und Gemeinden, die in der Zusammenarbeit bereits erprobt sind.

Bis Mitte des Jahres 2017 soll der Förderantrag gestellt werden. Die Bez. Reg., die die Pläne kennt, hat auferlegt viele Bürgerbeteiligungen zu veranstalten und Experten

einzubinden, wie z.B. den B.U.N.D und viele andere Interessenverbände.

Im letzten Jahr hat es hierzu drei Themenwerkstätten gegeben; „Naturschutz“ in Sankt Augustin am 13.12.16, „Naherholung“ in Troisdorf am 14.12.2016 und „Landwirtschaft“ in Bornheim am 20.12.2016, zu denen auch öffentlich eingeladen wurde. Die Ergebnisse daraus werden derzeit ausgewertet. Am 20.01.2017 hat in Kooperation mit dem UBZ-Umweltbildungszentrum Pleistalwerk im Schloss Birlinghoven eine Ideenwerkstatt zum Thema „Entwicklung des Pleisbachtals“ stattgefunden, weil das Pleisbachtal ein sehr wichtiger Bestandteil des IHK sein wird. Die dort entwickelten Ideen sollen jetzt in den Planungsprozess einfließen. Natürlich soll die Politik in diesen Prozess bei jeder sich bietenden Gelegenheit eingebunden werden, deshalb auch heute dieser Bericht. In der nächsten GuB-Ausschusssitzung am 21.03.2017 ist beabsichtigt, erneut vom Sachstand der Bearbeitung zu berichten. Auch der UPV wird beteiligt werden und am 10.05.2017 soll das dann fertige IHK dem Rat vorgelegt werden, um einen Beschluss zu bekommen. Das Ziel ist ambitioniert, auch für die anderen Kommunen, denn es werden diesem Abschluss noch viele Diskussionen vorausgehen. Aber er machte auch deutlich, dass in dieser Region noch viel Positives erlebbar werden wird.

Herr Piéla machte den Vorschlag, um die Auswirkungen für den GuB-Ausschuss hierfür einschätzen zu können, das IHK in einem detaillierten Beitrag der Fachstelle BNU dargestellt zu bekommen. Das würde vielleicht helfen, Beschlussvorschläge in diesem Fall richtig zu bewerten. Sollte der Ausschuss dies wünschen, könnte es vielleicht innerhalb des nächsten halben Jahres eingeplant werden.

Herr Werner Müller begrüßte im Namen seiner Fraktion diesen Vorschlag. Er betonte, dass grundsätzlich immer Interesse besteht, Sachzusammenhänge erläutert zu bekommen.

Herr Gleß bemerkte, dass dies, mit aller Offenheit, auch so vorgesehen ist.

Ende des öffentlichen Teil 18:46 Uhr